



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

117. Sitzung (öffentlich)

26. Oktober 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:10 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 Medikamentenversuche und Medikamentengabe in Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Jugendhilfe und in Einrichtungen des Gesundheitswesens in NRW | 8 |
| Bericht der Landesregierung | |
| Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. – Der TOP soll am 2. November 2016 erneut aufgerufen werden. | |

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) 19

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/12500

a) Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
Vorlage 16/4206

Bericht der Landesregierung

b) Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Vorlage 16/4229
Vorlage 16/4352

Bericht der Landesregierung

– Detailberatung

Der Ausschuss führt die Detailberatung zu den Einzelplänen 11 und 15 durch.

3 Erstes Gesetz zur Änderung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen 21

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/12784

– abschließende Beratung und Abstimmung

Mit Blick auf den kurzfristig vorgelegten Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird die Abstimmung über den Gesetzentwurf auf die nächste AGS-Ausschusssitzung verschoben.

4 Bundesteilhabegesetz und Pflegestärkungsgesetz II – Anforderungen an ein Bundesteilhabegesetz, Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/8443 23

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4181

Ausschussprotokoll 16/1445

– Auswertung der Anhörung

In Verbindung mit:**Pflegestärkungsgesetz III darf nicht zu Lasten ambulanter Wohn-
gemeinschaften für Menschen mit Behinderungen gehen – Abgren-
zungsprobleme zwischen Pflege und Eingliederungshilfe lösen**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12850

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12929

In Verbindung mit:**Selbstständiges Wohnen von Menschen mit Behinderung – Sachstand
und aktuelle Entwicklungen im Ausbau**

Vorlage 16/4260

Der Ausschuss wertet die Anhörung aus.

**5 Impfen schützt – Strategien zur Verbesserung des Impfschutzes in
NRW 27**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12111

Ausschussprotokoll 16/1404

Nach kurzer Diskussion kommt der Ausschuss überein, die
abschließende Beratung und Abstimmung auf seine Sitzung
am 23. November 2016 zu verschieben.

6 Aktueller Sachstand zur Erarbeitung des Landespsychiatrieplans 30

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4353

Kein Wortprotokoll

- 7 Bericht über die Unabhängige Patientenberatung 31**
Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/4341

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) beantwortet Fragen des Abgeordneten Arif Ünal (GRÜNE).
- 8 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Weiterbildungsverordnung Hygienefachkraft 32**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4331

Der AGS-Ausschuss als zuständiger Landtagsausschuss wurde angehört.
- 9 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung 33**
Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12363

Ausschussprotokoll 16/1458

Dieser Punkt soll in der Sitzung am 2. November 2016 erneut aufgerufen werden.
- 10 Verschiedenes 34**

Der Ausschuss beschließt einstimmig folgende Termine für Anhörungen und ordentliche Sitzungen:

2. November 2016, 15:30 Uhr: ordentliche Sitzung

23. November 2016, 10 Uhr – Schlüssel: 2 je Fraktion –: Anhörung Antrag der CDU-Fraktion „Notruf für den Notfallsani-täter ...“ Drucksache 16/11699 in Verbindung mit: Antrag der CDU-Fraktion „Notrufmöglichkeiten Hörgeschädigte ...“ Drucksache 16/12433

23. November 2016, 13:30 Uhr – Schlüssel: 1 je Fraktion –: Anhörung der FDP-Fraktion „Berufsausübung von Heilprak-tikern ...“ Drucksache 16/12846

23. November 2016, 15:30 Uhr: ordentliche Ausschusssitzung

7. Dezember 2016, 10 Uhr – Schlüssel: 1 je Fraktion –: Antrag der FDP-Fraktion „Solo-Selbstständige ...“ Drucksache 16/12356

7. Dezember 2016, 13:30 – Schlüssel:1 je Fraktion –: Antrag der Piratenfraktion „Berufliche Weiterbildung online ...“ Drucksache 16/12837

7. Dezember 2016, 15:30 Uhr: ordentliche Ausschusssitzung

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/12500

a) Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
Vorlage 16/4206

Bericht der Landesregierung

b) Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Vorlage 16/4229
Vorlage 16/4352

Bericht der Landesregierung

– Detailberatung

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, von dem Angebot der beiden Ressorts, schriftliche Fragen einzureichen, habe die Fraktion der CDU in Bezug auf den Einzelplan des MGEPA Gebrauch gemacht. Die Fragen seien schriftlich beantwortet worden und Bestandteil der Beratungen.

Zu Einzelplan 11 habe er im Augenblick keine Fragen, so **Peter Preuß (CDU)**, zumal das Berichterstattergespräch gerade erst stattgefunden habe.

Vorsitzender Günter Garbrecht meint, das Berichterstattergespräch habe nur zehn Minuten gedauert und könne daher nicht sehr ertragreich gewesen sein.

Ihre Fraktion habe erfreut zur Kenntnis genommen, so **Susanne Schneider (FDP)**, dass im Haushalt endlich auch Mittel für die Jungengesundheit eingestellt werden sollten und nicht immer nur für die Gesundheit von Frauen und Mädchen, so wichtig diese auch seien.

Änderungsanträge zum Haushalt werde die FDP-Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss stellen.

Peter Preuß (CDU) bittet um Klärung, ob zum 8. November mit einem umfassend geänderten Haushaltsplanentwurf gerechnet und dann eventuell neu beraten werden müsse.

Er sehe mit großem Interesse der Klausurtagung des Haushalts- und Finanzausschusses entgegen, wo der Finanzminister dazu sicherlich Stellung nehmen werde, entgegnet **Vorsitzender Günter Garbrecht**.

Ministerin Barbara Steffens (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter) erklärt, es werde eine Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf geben, die im Kabinett allerdings noch nicht beschlossen worden sei.

Susanne Schneider (FDP) bittet unter Verweis auf die noch ausstehenden Protokolle der Berichterstattergespräche darum, auch in einer der nächsten Sitzungen noch Fragen zum Haushalt stellen zu können.

Angesichts der Kürze der Berichterstattergespräche gehe er davon aus, so **Vorsitzender Günter Garbrecht**, dass die Protokolle schnell vorgelegt würden.

Eines der Berichterstattergespräche sei etwas umfänglicher gewesen, wirft **Susanne Schneider (FDP)** ein.

Ministerin Barbara Steffens (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter) merkt an, das Berichterstattergespräch zum Einzelplan ihres Hauses sei schon vor etwas längerer Zeit geführt worden. Das Protokoll liege allerdings noch nicht vor. Etwaige Fragen würden auf Wunsch aber gerne vom Ministerium beantwortet.

Vorsitzender Günter Garbrecht hält fest, das Ausschussesekretariat werde hinsichtlich der Protokolle über die Berichterstattergespräche der beiden Ressorts Druck machen mit dem Hinweis, dass der Ausschuss hierzu am 2. November abschließend beraten wolle.

Peter Preuß (CDU) betont, es sei sehr hilfreich, Fragen schriftlich einreichen zu können und schriftlich beantwortet zu bekommen.

Seine Frage an dieser Stelle betreffe den Strukturfonds, der dem Abbau von Überkapazitäten, der Konzentration von stationären Versorgungsangeboten und -standorten, der Umwandlung von Krankenhäusern in nicht akutstationäre örtliche Versorgungseinrichtungen und der Förderung palliativer Versorgungsstrukturen diene. Es interessiere, ob die Anträge hierzu erkennen ließen, welche Schwerpunkte gesetzt würden.

Vorsitzender Günter Garbrecht weist darauf hin, dass zu dieser Frage von der CDU-Fraktion für die AGS-Ausschusssitzung am 2. November ein umfassender Bericht erbeten worden sei.

Ministerin Barbara Steffens (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter) antwortet, Anträge gebe es zu verschiedenen Bereichen. Mit dem Abbau von Überkapazitäten täten sich die Krankenhäuser am schwersten.

Vorsitzender Günter Garbrecht schließt die Detailberatung.